

Keine Mehrheit für neue Ideen gegen

den Lehrstellenmangel

Drei Vorstösse zur Förderung des umweltfreundlicheren Verkehrs überwiesen

148. und 149. Sitzung, Montag, 27. März, 8 Uhr 15
Vorsitz: Hans Peter Frei (svp., Embrach)

Eintritt eines neuen Ratsmitglieds

für. Für den zurückgetretenen Hanspeter Schneebeli (fdp., Zürich) tritt **Beat Badertscher** (fdp., Zürich) in den Rat ein. Er wird vereidigt.

Wahl eines neuen Kommissionsmitglieds
Als Nachfolger der aus der Kommission für Bildung und Kultur ausgetretenen Inge Stutz (svp., Marthalen) schlägt die **interfraktionelle Konferenz** Claudio Schmid (svp., Bülach) vor. Er wird für gewählt erklärt.

Entgegennahmen

Zürich), mehr vollständig schulische Angebote inklusive Praktikumsmöglichkeiten für zukunftsweisende Berufe zu schaffen. Zu prüfen ist unter anderem die Einrichtung von mehr staatlichen Lehrwerkstätten. In seiner Stellungnahme zählt der **Regierungsrat** die bestehenden Angebote in diesem Bereich auf: Handelsmittelschulen, Diplom- beziehungsweise Fachmittelschulen, die Informatikmittelschule sowie die zwei staatlichen Lehrwerkstätten des Kantons. Diesem Angebot kommt zwar angesichts des gegenwärtigen Lehrstellenmangels eine grosse Bedeutung zu. Wegen der schwierigen finanziellen Lage des Kantons fällt für den **Regierungsrat** aber ein Ausbau des Angebots ausser Betracht. Er beantragt, das Postulat nicht zu überweisen. **Ralf Margreiter** (gp., Zürich) erinnert an die Jugendarbeitslosigkeit und den Lehrstellenmangel im Kanton. Immer weniger Betriebe bilden Lehrlinge aus. Der Markt hat versagt, nun muss der Staat ersatzweise in die Lücke springen, um sicherzustellen, dass alle Jugendlichen eine faire Chance erhalten. Wir haben genug starke Branchen, welche die Lehrlingsausbildung bewerkstelligen können. **Hanspeter Amstutz** (evp., Fehraltorf) hält vollschulische Ausbildungsgänge für eine Entlastung angesichts der angespannten Lehrstellensituation. **Anita Simioni** (fdp., Andelfingen) hat Zweifel. Das Postulat führt in Richtung Verschulung der Lehre und steht diametral zur heutigen Praxis. Das Interesse, Lehrlinge auszubilden, würde sinken. **Katharina Prelicz** (gp., Zürich) findet, dass all die schönen Worte nichts nützen; es hat schlicht zu wenig Lehrstellen. Wir brauchen zusätzliche Anstrengungen von Kanton und Wirtschaft. Vollschulische Angebote sind auch eine Investition in zukunftsstrahlende Wirtschaftszweige. Folgen von Jugendarbeitslosigkeit sind Drogen, Kriminalität bis hin zu Suizid. **Julia Gerber Rüegg** (sp., Wädenswil) steht auch zur dualen Berufsbildung, aber dieses System reicht alleine nicht mehr. Eine Generation, die ihre Jugend hängenlässt, ist selbstsüchtig. **Heidi Bucher** (gp., Zürich) findet, das Arbeitslosigkeit bei Jungen besonders schwerwiegende Auswirkungen hat. **Werner Hürlimann** (svp., Uster) sieht die Ursache für das Problem in der schlechten Erziehung und Motivation der Jugendlichen. Wir müssen den Jugendlichen Grenzen setzen. Das Lehrstellenproblem lösen wir mit dem Vorstoss nicht. **Ralf Margreiter** (gp., Zürich) findet, dass die Grenze für die Jugendlichen heute die fehlenden Lehrstellen sind. Bitte hören Sie auf, über die Jugend herzuheulen! Es geht nicht um Eingriffe in die bestehende Lehre, sondern um eine Alternative. Das Postulat abzulehnen, ist eine Geldverschleuderung. Das Geld wird heute schon in Brückenangebote gesteckt. Das bringt aber weniger.

Bildungsdirektorin Regine Aepli hält die Jugendarbeitslosigkeit für ein persönliches Drama und für ein Armutszeugnis für die Gesellschaft. Es stimmt auch, dass Brückenangebote teuer sind, und wir mit der dualen Lehre nicht für alle Schulabgänger eine Lösung finden können. Ich weise aber darauf hin, dass sich ein Konzept für Fachmittelschulen – eine vollschulische Ausbildung – in der Vernehmlassung befindet.

Der **Rat** lehnt die Überweisung des Postulats mit 88 zu 84 Stimmen ab.

Fraktionserklärung

In einer Fraktionserklärung der SVP kritisiert **Alfred Heer** (svp., Zürich) die Information über die Vereinbarung des Kantons mit Unique über die Fluglärmschadigungen. Offenbar ist entgegen ersten Ankündigungen dafür ein Nachtragskredit nötig. Wir reichen eine Interpellation ein und wollen Antworten auf unsere Fragen.

Basislehrjahre

In einem Postulat fordert **Ralf Margreiter** (gp., Zürich) die Förderung von Lehren mit sogenannten Basislehrjahren. Dieses Modell sieht vor, dass das erste Lehrjahr weitgehend ausserhalb des Lehr-

betriebs absolviert wird und eine Vorbereitung zum abschliessenden Einsatz im Lehrbetrieb darstellt. Diese Ausbildung im ersten Jahr erfolgt in einem Ausbildungszentrum und in Berufsfachschulen. Vorteil der Basislehrjahre ist unter anderem eine Entlastung der Lehrbetriebe von der meist aufwendigen Betreuung der Lehrlinge im ersten Lehrjahr. In seiner Stellungnahme schreibt der **Regierungsrat** von zwei Möglichkeiten zur Förderung von Basislehrjahren. Er kann die Berufsvorbereitung beratend und finanziell unterstützen, indem er einen Teil der Ausbildungsstellen (die sonst der Betrieb trägt) übernimmt. Die beiden bestehenden Basislehrjahre im Informatikbereich werden vom Kanton eng begleitet. Eine finanzielle Unterstützung würde aber zu einer Ungleichbehandlung gegenüber jenen Firmen führen, welche die Ausbildung ihrer Lehrlinge selbst bezahlen. Der Kanton ist bereit, Basislehrjahre ideell zu fördern, und setzt unter anderem für vollschulische staatliche Berufsausbildungen wie die Informatikmittelschule Geld ein. Der **Regierungsrat** beantragt darum, das Postulat nicht zu überweisen.

Ralf Margreiter (gp., Zürich) erklärt, dass Basislehrjahre vor allem dort erfolgreich sind, wo viel Vorwissen für den Einstieg des Lehrlings im Betrieb nötig ist. Grundfertigkeiten können systematisch vermittelt werden. Basislehrjahre sind nicht teurer als Brückenangebote. Die Finanzierung der Basislehrjahre würde kaum mehr kosten. **Ursula Braun-**

schweig (sp., Winterthur) führt aus, dass für viele Jugendliche Brückenangebote nur teure Warteschlangen sind. Dieses Geld würde besser in Basislehrjahre investiert. **Willy Haderer** (svp., Unterengstringen) gratuliert den Postulanten zum innovativen Ansatz. Sie sind aber Jahre zu spät. Wir machen das in der grafischen Branche, der Viscom, schon seit Jahren. Es braucht dafür kein Postulat. Zudem sind nicht alle Berufe dafür geeignet. **Lucius Dürr** (evp., Zürich) lobt alle Betriebe, die solche innovative Ansätze verfolgen. Aber es gibt Trittbrettfahrer und Schmarotzer. Bei diesen Betrieben muss etwas geschehen. **Anita Simioni** (fdp., Andelfingen) findet, dass das Postulat offene Türen einrennt. Es gibt schon Angebote. Zudem besteht die Gefahr einer Verschulung der Lehre, und die Betriebe lernen ihre Lehrlinge zu spät kennen. **Hanspeter Amstutz** (evp., Fehraltorf) gibt die Annahme des Vorstosses durch die EVP bekannt. **Dieter Kläy** (fdp., Winterthur) erklärt als Geschäftsführer der Viscom, dass man bei gewissen Berufen der grafischen Branche gute Erfahrungen mit Basislehrjahren gemacht habe. Aber das ist nicht überall möglich. Die Betriebe sehen ihre Lehrlinge im ersten Lehrjahr selten. Es gibt zudem keinen Beweis, dass mit dem Basislehrjahr mehr Lehrstellen entstehen. In jenen Branchen, in denen es ohnehin wenig Lehrstellen gibt, schaffen Basislehrjahre keine zusätzlichen. Der Staat soll weiterhin ideale Unterstützung leisten. **Susanna Rusca** (sp., Zürich) erklärt, dass das Basislehrjahr die Betriebe entlasten soll, weil die Lehrlinge mit Vorwissen in den Betrieb kommen. Für **Andrea Widmer Graf** (fdp., Zürich) kann ein Basislehrjahr für verschiedene Berufe eine sinnvolle Lösung darstellen. Viele Berufe verlangen ein grosses theoretisches Wissen, das im Lehrbetrieb schwierig zu vermitteln ist. **Willy Haderer** (svp., Unterengstringen) glaubt, dass mit dem Vorstoss keine einzige Lehrstelle mehr geschaffen wird. Man kann Basislehrjahre den Branchen nicht befahlen. Viele Berufe eignen sich für Basislehrjahre nicht, der des Polygrafien hingegen schon. **Ralf Margreiter** (gp., Zürich) will die Wirtschaft nicht kritisieren. Es geht hier um die Ermöglichung von Chancen. Basislehrjahre sollen den Betrieben erleichtern, Lehrstellen anzubieten.

Der **Rat** lehnt die Überweisung des Postulats mit 87 zu 84 Stimmen ab.

Unentgeltliche Berufsberatung

In einer Motion fordert **Susanne Rusca** (sp., Zürich), die Kostenpflicht der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung im Kanton Zürich bei jungen Erwachsenen bis 25 Jahre aufzuheben. Die Kostenpflicht für Erwachsene wurde im Rahmen des Sanierungsprogramms 04 beschlossen und ist seit dem 1. Mai 2005 in Kraft. In seiner Stellungnahme schreibt der **Regierungsrat**, dass die neue Bestimmung weiterhin eine unentgeltliche Beratung für Jugendliche bis 20 Jahre vorsieht. Zudem ist die Umsetzung der Gebührenpflicht sozialverträglich, weil für das erste einstündige Gespräch eine herabgesetzte Gebühr erhoben wird. Ausserdem bleiben die Beratungen für Sozialhilfebezügler und Stipendienbezügler weiterhin unentgeltlich. Bei den Arbeitslosen werden sie bei einer Überweisung durch ein RAV von der Arbeitslosenversicherung finanziert. Der **Regierungsrat** beantragt darum, das Postulat nicht zu überweisen. **Susanna Rusca** (sp., Zürich) hält den Entscheid für die Gebührenpflicht für verheerend. Die EDK empfiehlt eine Unentgeltlichkeit der Beratung für alle Bildungsstufen. Wir hingegen schliessen Leute aus,

die sich eine kostenpflichtige Beratung oft nicht leisten können. **Hanspeter Amstutz** (evp., Fehraltorf) erklärt, dass die Arbeitslosenquote der 20- bis 25-Jährigen doppelt so gross ist wie die der unter 20-Jährigen. Es ist nicht recht, dass ausgerechnet die Gruppe mit der höchsten Arbeitslosenquote kräftig zur Kasse gebeten wird. **Brigitta Johner** (fdp., Urdorf) erinnert daran, dass jungen Erwachsenen in schwieriger sozialer Lage die Berufsberatung weiterhin finanziert wird. Beim Berufsinformationszentrum Dietikon gehören übrigens die 20- bis 25-Jährigen nicht zu den Hauptkunden. **Blanca Ramer** (cvp., Urdorf) findet, dass die Massnahme zwar hart ist, aber sozialverträglich abgestützt wird. Auch **Samuel Ramseyer** (svp., Niederglatt) findet, dass die Gebührenpflicht keine verheerenden Folgen hat. **Ralf Margreiter** (gp., Zürich) erläutert, dass sich auf Bundesebene die zuständige Kommission für eine Unentgeltlichkeit der Beratung bis zum 30. Altersjahr einsetzt. **Karin Maeder** (sp., Rütli) gibt als Präsidentin der regionalen Jugendkommission im Oberland bekannt, dass der Sparauftrag durch die Gebührenerhebung im Oberland nicht erreicht werden kann. Viele Jugendliche verzichten auf die Beratung, weil sie kostenpflichtig ist. **Julia Gerber Rüegg** (sp., Wädenswil) bittet den Rat, die Sparschraube zu lösen.

Bildungsdirektorin Regine Aepli gibt bekannt, dass sich die Regierung an den vom Gesetzgeber vorgegebenen Sparauftrag halten muss. Ich sehe aber, dass es zu Härtefällen kommen kann. Diese haben aber weiterhin Anspruch auf kostenlose Beratung. Ich erinnere sie zudem daran, dass die Berufsberater keine Stellen schaffen können.

Der **Rat** lehnt die Überweisung der Motion mit 97 zu 75 Stimmen ab.

Bericht über die Weiterbildung

In einem Postulat fordert **Lucius Dürr** (evp., Zürich) einen Bericht über die vom Kanton finanzierten oder vom Kanton finanziell unterstützten Weiterbildungsangebote. Zudem sollen bereits erfolgte und beabsichtigte Kürzungen darin aufgeführt werden. Der **Regierungsrat** ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. **Theo Toggweiler** (svp., Zürich) beantragt Nichtüberweisung. Ein Bericht kostet nur Geld und bringt nichts. **Lucius Dürr** (evp., Zürich) erklärt, dass die permanente Weiterbildung wegen fehlenden Geldes leidet. Staatliche und private Institutionen haben finanzielle Schwierigkeiten und müssen die Gebühren erhöhen. Ich will die Fakten in einem Bericht. **Elisabeth Scheffeldt** (sp., Schlieren) findet, dass das Verhalten der Regierung bei der Weiterbildung einem Trauerspiel gleicht. Durch die Sparprogramme wurde die Weiterbildung erheblich getroffen. Ein Bericht kann hier Klarheit über die Situation schaffen. **Thomas Heiniger** (gp., Adliswil) erklärt, dass sich die FDP und verantwortungsvolle Unternehmer für lebenslange Weiterbildung einsetzen. Wir fordern staatliche Anreize für Weiterbildung, lehnen aber leere Berichte ab. **Esther Guyer** (gp., Zürich) will Grundlagen für die Diskussion über die Weiterbildung. Wir wollen die Eckdaten und die Strategie der Regierung kennen.

Bildungsdirektorin Regine Aepli glaubt, dass allen gedient wäre, wenn das Postulat überwiesen würde. Der Bericht würde eine bessere Übersicht über die Weiterbildung im Kanton ermöglichen. Im Hinblick auf den Entwurf des Einführungsgesetzes zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz hat die Direktion eine Bestandaufnahme bei der Weiterbildung gemacht. Das Material wurde also bereits erarbeitet. Ein Bericht wäre für die Diskussion hilfreich. Jährlich werden zwischen 42 und 44 Millionen Franken vom Kanton für Weiterbildung ausgegeben.

Die Abstimmung im Rat endet mit 85 zu 85 Stimmen. Ratspräsident **Hans Peter Frei** (svp., Embrach) gibt den Stichentscheid gegen die Überweisung.